



## Artikel 1 (von 3)

Erschienen:03.03.2005 / SZ / SBM\_MAN / DWIR\_7

Ressort:Wirtschaft

Textname:wi7-3.georgi.ART

Freie Schlagworte mitFoto / saar arbeitsfragen arbeitsmarkt / saar presse sz gäste / georgi,hanspeter

Verfasser:VOn SZ-Redakteur

Thomas Sponticcia< /I>



Arbeitsmarkt

# Georgi für längere Arbeitszeit

Zu Gast in der Redaktion

**Der Arbeitsmarkt müsse viel flexibler gestaltet werden. Dazu gehörten die Lockerung des Kündigungsschutzes und die Verlängerung der Arbeitszeiten. Hier solle das Saarland Zeichen setzen, so Wirtschafts- und Arbeitsminister Georgi.**

VOn SZ-Redakteur

Thomas Sponticcia

**Saarbrücken.** Im Saarland sollen die Menschen länger arbeiten, forderte Wirtschafts-, und Arbeitsminister Hanspeter Georgi im Redaktionsgespräch mit der *Saarbrücker Zeitung*. Berechnet auf die Arbeitszeit je Arbeitnehmer werde in keinem anderen deutschen Bundesland so wenig gearbeitet wie an der Saar. Dies sei für viele Unternehmen, die über eine Ansiedlung zu entscheiden haben, abschreckend. Der Vergleich mit dem Ausland falle noch gravierender aus. In Luxemburg werde pro Jahr 230 Stunden länger gearbeitet als an der Saar, in der Schweiz sogar 290 Stunden. Als ein Zugeständnis an die Wettbewerbsfähigkeit der saarländischen Wirtschaft sei es auch sinnvoll, einen Feiertag, zum Beispiel Mariä Himmelfahrt am 15. August, nicht wie einen Sonntag, sondern wie einen normalen Arbeitstag mit der Möglichkeit einer unbezahlten Freistellung zu behandeln.

Die saarländische Landesregierung setze in ihrer Wirtschaftspolitik bewusst gleichzeitig auf die Bewahrung möglichst vieler industrieller Arbeitsplätze und die Schaffung neuer Jobs in jungen Branchen wie der Informations-Technologie (IT) sowie der Telekommunikation. Es sei Unsinn, dem saarländischen Wirtschafts-, und Arbeitsminister vorzuwerfen, er kümmere sich nur um neue Branchen, wie es immer wieder von der politischen Opposition sowie den Gewerkschaften an der Saar zu hören sei. Ein erheblicher Teil der Wirtschaftsförderung gehe beispielsweise in die Unterstützung von Automobil-Zulieferern. Die Autoindustrie bleibe auch künftig eines der wichtigsten industriellen Standbeine im Saarland.

Allerdings müsse die gezielte Förderung junger Branchen weiter verstärkt werden, da in ihnen viele neue Arbeitsplätze entstehen, so Georgi. Bereits rund 10000 Menschen seien in noch jungen Unternehmen der Informations-Technologie (IT) beschäftigt. Mit der Förderung der Nano-, und Biotechnologie habe man erst vor

kurzer Zeit begonnen. Auch hier fänden jetzt schon 600 Menschen einen Job.

Erheblich mehr Arbeitsplätze seien im Tourismus drin. Die Tourismuszentrale konzentriere sich jetzt auf konkrete Projekte mit den Schwerpunkten Aktivurlaub/Wellness, Gesundheit sowie erlebte Industriekultur. Der Strukturwandel werde konsequent fortgeführt. Die mit 56600 Betroffenen hohe Arbeitslosigkeit an der Saar werde voraussichtlich Mitte des Jahres wieder sinken. Erste Anzeichen einer spürbaren Erholung der Wirtschaft deuteten sich in Bund und Land an. Die Bundesregierung müsse sich zu mehr Reformen durchringen, um Erfolge mit Langzeitwirkung am Arbeitsmarkt zu erreichen. Die Arbeitsmarktreform Hartz IV sei ein richtiger Schritt, allerdings erst „eine erste Stufe auf einer langen Treppe“. Der Arbeitsmarkt müsse flexibler gestaltet werden. Dies betreffe auch den Kündigungsschutz.

---

**Technische Information:**

**Text-ID:**a20269834





## Artikel 2 (von 3)

**Erschienen:**03.03.2005 / SZ / MZG\_MAN / ATit30

**Ressort:**Themen\_des\_Tages

**Textname:**tt1-03.aufmacher.ART

**Verfasser:***Von SZ-Redakteur*

*Thomas Sponticcia* < / I >

**Arbeitsmarkt-Debatte**

# Minister: Saar-Gewerkschafter

## mitschuldig an Arbeitslosigkeit Union wirbt für „Zehn-Punkte-Pakt“

**Die Gewerkschaften an der Saar müssen sich nach Auffassung von Wirtschafts- und Arbeitsminister Hanspeter Georgi (CDU) erheblich mehr bewegen. Sie seien deutlich weniger flexibel als ihre Kollegen außerhalb des Landes.**

*Von SZ-Redakteur*

*Thomas Sponticcia*

**Saarbrücken.** 56600 Männer und Frauen an der Saar haben keinen Job. Nach Ansicht von Wirtschafts-, und Arbeitsminister Hanspeter Georgi sind die Gewerkschaften im Saarland für diese hohe Arbeitslosigkeit mit verantwortlich. Der Minister wirft ihnen vor, „im Bremserhäuschen zu sitzen und notwendige Entwicklungen, die zur Sicherung von Arbeitsplätzen sowie zur Schaffung neuer Beschäftigung führen, zu blockieren“. Die Saar-Gewerkschaften seien in ihrem Verhalten und in ihren Ansichten deutlich weniger fortschrittlich als ihre Kollegen in benachbarten Bundesländern. Georgi wörtlich: „Die Gewerkschaften sind hier weniger innovationsfreudig als außerhalb des Landes.“

Auch sei auffällig, dass die Gewerkschaften gerade in jenen Bundesländern wenig innovationsfreudig seien, die über eine Arbeitskammer verfügen, in denen Betriebsräte in einer entsprechenden Haltung unterstützt werden, so Georgi. Der Minister fordert deshalb: „Wir brauchen dringend einen Mentalitätswandel im Saarland. Es gibt bei uns mentale Wachstumshemmnisse.“

Ein besonders gravierendes Beispiel sei die Arbeitszeitdebatte. Die Gewerkschaften müssten eindeutige Zeichen setzen. „Ein solches Zeichen wäre die Zustimmung zu einer unentgeltlichen Mehrarbeit von 38 bis 40 statt 35 Stunden in der Woche an der Saar“, betont Georgi. Dies setze Signale in die ganze Republik, mache das Saarland für Unternehmen attraktiver und könne dazu beitragen, zahlreiche Jobs zu sichern.

Die Konkurrenz durch andere, kostengünstigere Regionen in Osteuropa werde eine immer stärkere Bedrohung. „Neue Herausforderungen erfordern auch neue Verhaltensweisen“, so der Minister. „Wir leben nicht mehr in einer geschlossenen Wirtschaft mit Außengrenzen, wie es die Gewerkschaften immer noch glauben.“ Der Wettbewerb sei schon so knallhart, dass Unternehmenszentralen den Verbleib in Regionen fast nur noch von den dort vorherrschenden Standortbedingungen abhängig machen.

Zur Beschäftigungs-Sicherung und Schaffung neuer Jobs seien auch erheblich mehr regionale betriebliche Bündnisse notwendig, die den Unternehmen mehr Flexibilität in den Arbeitszeiten sowie den Löhnen bringen. Die Gewerkschaften sollten sich davon verabschieden, Mindestlöhne gesetzlich festzuschreiben, so der Wirtschaftsminister. Dies erschwere vielen geringer qualifizierten Menschen den Einstieg in den Arbeitsmarkt. >  
*Seite D 7: Bericht*

**Berlin.** Mit einem Appell zur Zusammenarbeit im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit hat die Union den Druck auf

die Regierung erhöht. Die Vorsitzenden von CDU und CSU, Angela Merkel und Edmund Stoiber, warben in einem offenen Brief an Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) für einen Zehn-Punkte-„Pakt für Deutschland“ und sicherten für ein etwaiges Gesetzgebungsverfahren „faire und konstruktive Beratungen“ zu. Bei SPD und Grünen stieß der Vorschlag auf harsche Ablehnung. Der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering wertete das Angebot zur Zusammenarbeit als „Zeichen von Verlogenheit und moralischer Verkommenheit“. Die Bundesregierung will dagegen Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit ausloten. Nach Angaben von Vize-Regierungssprecher Thomas Steg begrüße Schröder grundsätzlich die angekündigte Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Kommende Woche soll der Zehn-Punkte-Plan der Union im Bundestag abschließend beraten werden. > *Seite A 2: Bericht dpa*

---

**Technische Information:**

**Text-ID:**a20269747

